



Herrn
Bundesgesundheitsminister
Jens Spahn
Bundesministerium für Gesundheit
Friedrichstraße 108
10117 Berlin

Pflege in Bewegung e.V.
Postfach 1126
65440 Kelsterbach
Tel.: 07843-995880
info@pflegeinbewegung.de

DBfK Bundesverband e.V.
Alt-Moabit 91
10559 Berlin
Tel.: 030-2191570
dbfk@dbfk.de

Bundespflegekammer
Alt Moabit 91
10559 Berlin
Tel.: 030-21975770
info@bundespflegekammer.de

Deutscher Pflegerat e.V.
Alt-Moabit 91
10559 Berlin
Tel.: 030-39877303
info@deutscher-pflegerat.de

Pflegebündnis Mittelbaden
Bismarckstr. 6
76571 Gaggenau
Tel.: 07225-685114
p.koch@pflegebueundnis-mittelbaden.de

Per E-Mail:
poststelle@bmg.bund.de

Dienstag, 11. Mai 2021

Offener Brief zur Forderung eines gesetzlichen Mindestgehaltes von 4.000 Euro für Pflegefachpersonen zum Tag der Pflegenden am 12. Mai 2021

Sehr geehrter Herr Bundesgesundheitsminister Spahn,

ein weiterer Brief, eine weitere Aufforderung Pflegefachpersonen ernst zu nehmen, ein weiterer Hinweis auf die prekäre, haltlose und schlechte Situation der professionell Pflegenden in Deutschland. Wir können nicht anders. Denn Sie sind diejenigen, die politisch aktiv sind und uns im Parlament und in der Regierung vertreten.

Die Pandemie zeigt uns allen schonungslos, wie es um die Pflege in Deutschland bestellt ist. Die erschreckenden Zahlen für die Zukunft liegen schon lange auf Ihren Tischen. Die Diskrepanz zwischen geeigneten Menschen, die sich für einen Pflegeberuf entscheiden, den

Zahlen der Pflegefachpersonen, die im Beruf verbleiben, den in den nächsten Jahren in den Ruhestand gehenden Pflegefachpersonen und den steigenden Bedarfen an pflegerischer Versorgung, sind Ihnen alle bekannt. Wenn Sie jetzt nicht handeln, werden wir morgen in Deutschland keine angemessene pflegerische Versorgung mehr sichern können. Es ist jetzt die Zeit für starke und deutliche politische Entscheidungen und Anstrengungen über alle Parteigrenzen hinweg. Übernehmen Sie die Verantwortung für die Sicherstellung der pflegerischen Versorgung der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland!



Erkennen Sie an, dass die Pflege nicht mehr in der Lage ist, sich selbst aus dem Abwärtsstrudel zu befreien. Bei allem Bemühen um Selbstverwaltung und Tarifentwicklungen in den letzten Jahren muss Ihnen nun klar ersichtlich sein, dass diese Bemühungen sehr viel Zeit benötigen und zumindest für die kurz- und mittelfristige Entwicklung kaum Abhilfe schaffen.

Ganz deutlich müssen wir Ihnen mitteilen, dass wir diese Zeit auf keinen Fall haben. Zu lange wurde der Pflegeberuf durch keine oder falsche politische Entscheidungen zerstört und kaputtgespart. Zu lange wurde der unheilvollen Tarifentwicklung, die sich weit unter dem notwendigen Niveau befindet, zugeschaut. Zu lange wurde dieses auch durch politische Entscheidungen befördert, in dem die Refinanzierung eines auskömmlichen Gehaltes für Pflegefachpersonen unmöglich gemacht wurde. Einer der wichtigsten Schlüsselstellen für die Attraktivität von Berufen ist und bleibt das Gehaltsniveau.

Frau Professorin Ute Klammer, Soziologin an der Universität Duisburg, hat verschiedene Berufe in etablierten Verfahren gegeneinander gewichtet und klar herausgefunden, dass eine faire Bezahlung für Pflegefachberufe auf dem Niveau einer Ingenieurin/eines Ingenieurs anzusiedeln ist. Das bedeutet, ein durchschnittliches Einstiegsgehalt von 51.000 Euro brutto jährlich oder 4.250 Euro brutto monatlich. Weit entfernt von dem derzeitigen Einstiegsgehalt in den geltenden Tarifverträgen.

Die letzten Bemühungen um einen einheitlichen Tarifvertrag haben deutlich gezeigt, dass durch die unterschiedlichen Interessenslagen, die sowohl auf der Arbeitgeberseite als auch auf der Gewerkschaftsseite zu verorten sind und die oft in der Argumentation ein rückwärtsgewandtes und unprofessionelles Bild von Pflege bemühen, nicht zu einem Ergebnis führten.

Alle Bemühungen, die von Seiten der Pflege selbst unternommen wurden, um den Beruf attraktiver zu machen, bleiben deshalb ohne Wirkung. Deshalb fordern wir Sie auf, als ersten Schritt folgende Punkte zeitnah vorzubringen bzw. umzusetzen:

1. Die Festlegung eines gesetzlichen Mindesteinstiegsgehaltes für Pflegefachpersonen von 4.000 Euro brutto.
2. Eine sofortige Reform aller notwendigen Gesetze und Verordnungen, die in der Refinanzierung diesem notwendigen Schritt entgegenstehen.
3. Eine sofortige Reform aller notwendigen Gesetze und Verordnungen, die eine Verschiebung dieser notwendigen finanziellen Anstrengungen zu Lasten von Angehörigen, Pflegebedürftigen oder Patienten bedeuten würde.

Es gibt eine Reihe von Maßnahmen, die folgen müssen!

Wir wissen, dass wir nur dann weitere Entwicklungen realisieren können, wenn wir endlich die notwendige und auch gerechtfertigte finanzielle Aufwertung für Pflegefachberufe zeitnah umsetzen.

Übernehmen Sie die Verantwortung, die die Bevölkerung durch das Ihnen erteilte Mandat erwarten kann. Die Verantwortung für die Sicherstellung der pflegerischen Versorgung der Bevölkerung liegt in Ihren Händen und nicht in den Händen der Pflege selbst, weil die Übernahme dieser Verantwortung durch viele falsche politische Entscheidungen in der Vergangenheit verhindert und unmöglich gemacht wurde.

Mit freundlichen Grüßen



Marcus Jogerst-Ratzka
Pflege in Bewegung e.V.



Dr. rer. cur. Markus Mai (RN)
Bundespflegekammer



Prof. Christel Bienstein
Präsidentin
Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe e.V.



Dr. h.c. Franz Wagner
Präsident
Deutscher Pflegerat e.V.



Peter Koch
Pflegebündnis Mittelbaden e.V.

Dieses Schreiben geht auch an:

Frau Heike Baehrens, MdB/ Frau Sabine Dittmar, MdB/ Herrn Michael Hennrich, MdB/
Frau Dr. Kirsten Kappert-Gonther, MdB/ Herrn Dr. Achim Kessler MdB/ Frau Karin Maag, MdB/
Herrn Erwin Rüdell, MdB / Frau Kordula Schulz-Asche, MdB/ Herrn Prof. Dr. Andrew Ullman MdB/
Herrn Harald Weinberg, MdB/
Herrn Staatssekretär Andreas Westerfellhaus, Bundesministerium für Gesundheit/ Frau Nicole Westig, MdB